

# VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

31. Jahrgang 1983

Heft 3

LUIGI VITTORIO GRAF FERRARIS

## ZEITGESCHICHTE UND POLITIK EINKLANG ODER WIDERSPRUCH?\*

Die Aufforderung an einen Diplomaten und zudem Ausländer, das dreißigjährige Bestehen einer so renommierten Zeitschrift für moderne geschichtliche Studien zu würdigen, wird von dem Redner mit aufrichtigem Dank angenommen als eine hochgeschätzte Geste einiger, für die deutschen und europäischen Geschichtswissenschaften entscheidender Freunde; vielleicht soll diese Geste aber auch den Wunsch nach dem Versuch eines embryonalen Beitrags ausdrücken, die folgende Frage gemeinsam zu erörtern: Gibt es heute, in der gewiß nicht einfachen Situation der Welt, eine Verbindung zwischen der aktiven Politik im Rahmen der diplomatischen Aktion einerseits und dem Studium der Geschichte der Welt, die uns umgibt, und der Ereignisse, die diese Welt mehr oder weniger direkt geschmiedet haben, andererseits?

Ich bin mir vollkommen darüber im klaren, daß dieser Ansatz bereits diskutabel ist – als ob die geschichtliche Entwicklung nicht ein ununterbrochenes Fließen von Ursachen und Wirkungen und Wandlungen wäre, die weit in der Zeit zurückliegen können, trotzdem aber tiefe Auswirkungen auf die Tatsachen, die Gedanken und die Aussichten des Heute haben! Doch gerade das ist es, was wir – wenn auch nur kurz – zu entwirren versuchen sollten: Ob eben eine Unterscheidung – Geschichte/Zeitgeschichte – möglich ist, und ob aus diesem Grunde die Zeitgeschichte einen immanenten Wert hat, welcher im Einklang oder im Widerspruch zur Politik steht. Dies sollte möglich sein, ohne daß wir uns allzusehr in der Suche nach an sich vielleicht unmöglichen Definitionen verlieren. Ich möchte nämlich vermeiden, in mehr oder minder sterile Untersuchungen über die Periodisierung der neueren Geschichte oder der zeitlichen Begrenzungen einer Zeitgeschichte oder „current history“ oder der – wie wir im Italienischen und Französischen auf sehr viel weniger präzise Weise sagen – „*storia contemporanea*“ zu verfallen.

Will man dem Hinweis Rothfels' von 1951, in seinen Vorlesungen in Tübingen, folgen, so kann das Jahr 1917 den Zeitpunkt des Beginns der Zeitgeschichte darstellen: Mit der Russischen Revolution<sup>1</sup> und dem Betreten der Weltbühne durch die Vereinig-

\* Festvortrag zum Abschluß des 30. Jahrgangs der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, gehalten am 4.2. 1983 im Institut für Zeitgeschichte, München.

<sup>1</sup> So ausgezeichnet analysiert als Problem der Geschichtsschreibung von Dietrich Geyer in den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte 5 (1957), S. 220–240.

ten Staaten (was in den VfZ durch ein Überwiegen amerikanischer Mitarbeiter unter den ausländischen Beiträgen widergespiegelt wird).

Wenn ich nochmals an den Begründer der Zeitschrift erinnern darf, an den großen Hans Rothfels: Hat er vor dreißig Jahren in der Vorstellung der ersten Ausgabe der Zeitschrift nicht die Zeitgeschichte als Aufgabe bezeichnet? Und wenn er erst „letzten Endes“ den „politischen Wert der Zeitgeschichte“ auftauchen ließ<sup>2</sup>, so ist es genau dieser Wert, dem ich mich heute widmen möchte.

Als einer der Väter der deutschen Geschichtsschreibung die erste Geschichte des Bayernlandes, in dem wir uns heute befinden, verfaßte, sagte er, daß er alles gesehen habe: „Private Archive, öffentliche Bibliotheken, ... Traktate, Handschriften, Votiv-Tafeln, Grabinschriften, Statuen und Reliquien“ und so weiter. Man muß sich fragen, ob man unter Zeitgeschichte all das zu verstehen hat, was Johannes Turmair – oder besser Johannes Aventinus – voller Stolz gesehen zu haben behauptet<sup>3</sup>.

Gewiß, der erste Ausgangspunkt in der Methodologie der Zeitgeschichte ist es – wie unsere Zeitschrift hinreichend beweist –, all das zu sammeln, was eine gründliche Kenntnis von der geschichtlichen Wahrheit der Gegenwart ermöglichen kann. Aber wenn man an diesem Punkt nun versuchen möchte, zu verstehen, was mit Zeitgeschichte gemeint sein kann in der Bedeutung, welche die Zeitschrift dem Begriff in dreißigjährigem unablässigem wissenschaftlichen Einsatz hat geben wollen, so könnte es ausreichen, an die von Rothfels im Jahre 1953 formulierte Vorstellung von Zeitgeschichte als Aufgabe zu erinnern, ebenso an die programmatischen Bemerkungen der Professoren Bracher und Schwarz bei der Übernahme der Leitung der Zeitschrift im Jahre 1978<sup>4</sup> oder an den Essay Professor Noltes im Jahre 1970<sup>5</sup>.

Wenn wir nun sagen, daß die erste Aufgabe einer Zeitgeschichte im Sammeln von Daten und Fakten besteht, ist das Motiv sehr klar. Als Wiedergabe der Ereignisse ist die Geschichte mit Cicero die „magistra vitae“ oder hat, wie im Mittelalter, eine moralistisch-nützliche Funktion zu erfüllen. Doch müssen wir uns gleichzeitig, noch einmal mit Cicero, fragen, „mit welcher Stimme“ sich die Geschichte „der Unsterblichkeit anvertraut, wenn nicht mit der des Redners“. Und müssen wir uns andererseits mit Blick auf das Mittelalter und mehr noch auf den Humanismus nicht sagen, daß die Geschichte auch „fabula“ ist, und somit die Geschichtsbücher auch „delectationis causa“ gelesen werden müssen?

Mit der Renaissance ändert sich vieles, auch unter dem Einfluß dessen, was Italien in der Renaissance darstellte: Die Geschichte als Geschichte der „istituzioni“ und der „politica“, während in Deutschland mit Flavius Illyricus und den „Magdeburger Centurien“ eine religiöse Geschichtsschreibung entsteht und die Historiker in Frankreich die geschichtlichen Motivationen suchen, um die Politik der Souveräne, welche als erste die klare Struktur eines zentralistischen Staates anstrebten, zu untermauern.

<sup>2</sup> VfZ 1 (1953), S. 8.

<sup>3</sup> J. Turmair, *Sämtliche Werke*, München 1881, Bd. 2, S. 3; die erste Ausgabe des Werkes wurde in den Jahren 1519–1521 veröffentlicht.

<sup>4</sup> Karl Dietrich Bracher und Hans-Peter Schwarz, VfZ 26 (1978), S. 1–8.

<sup>5</sup> Ernst Nolte, VfZ 18 (1970), S. 1–11.

Zwei Jahrhunderte des „Konfliktes zwischen den Kerngedanken des das allgemeine Denken beherrschenden Naturrechtes und den unabweisbaren Tatsachen des historisch-politischen Lebens“<sup>6</sup> müssen vergehen, bis die Geschichte eine vorrangige und zentrale Rolle einnimmt, bis sich die absolute Geschichtlichkeit des Seins und des Denkens behauptet; zwei Jahrhunderte, bis man zu der echten Vertiefung dessen gelangt, was Teil der Geschichte sein muß, und was Zielsetzung der Geschichte sein kann als Kategorie des Denkens und des Seins sowie des Werdens von Individuen und Gesellschaft. Anerkennung gebührt hier – heute fast ein Jahrhundert nach seinem Tode – Johann Gustav Droysen, der uns mit dem „Grundriß der Geschichte“ den ersten und ungemein eindrucksvollen Versuch eines Traktates über die geschichtliche Methodik geliefert hat.

Von Droysen bis heute insistiert jede Abhandlung auf diesem ersten Punkt der Suche nach der geschichtlichen Wahrheit, auf der Dokumentation – will man sich befreien von der Skepsis Fontanelles, der sagte, daß „l'histoire n'est qu'une fable convenue“, oder den Zweifeln Friedrichs des Großen über die „Unzuverlässigkeit der Geschichte“.

Es sei mir gestattet, hier an Patrizi, den italienischen Verfasser eines Traktates zu erinnern, das 1560 in Venedig als Dialog veröffentlicht wurde; er bemerkt vom Historiker, der von weit zurückliegenden Zeiten schreibt, daß diesem „unerlässlich ist, sich zu richten nach den Berichten, die er von seinen Vorfahren geschrieben findet“; soll er jedoch über zeitgenössische Ereignisse schreiben, deren Zeuge er selbst womöglich gewesen ist, so „hat er sich dort als Freund einer der beteiligten Seiten oder als Feind oder als von beiden Seiten unabhängig befunden“. In den beiden ersten Fällen wird er voller „Leidenschaft“ – des Hasses oder der Liebe – sein, so daß „man ihm nicht gänzlich wird glauben können“. Im dritten Fall hingegen „wird er nicht um die Absichten der anderen wissen, welche das ganze Moment und das ganze Gewicht des Geschäfts ausmachen; und wenn er das Faktum gut erkennen kann, so wird er nichts von seiner Ursache wissen, welche allein diesem Faktum eine Ordnung gibt. Also kann man in keiner Weise vollkommene Kenntnis von dem Wahren der menschlichen Handlungen erlangen“<sup>7</sup>.

Die Analyse unseres venezianischen Autors des 16. Jahrhunderts ist vereinfachend. Allzu leicht wäre eine Erwiderung mit den sehr viel tiefergreifenden konzeptionellen Konstruktionen eines Max Weber für die empirische Erforschung geschichtlich-sozialer Fakten, welche in einer Klammer die eigene Wertordnung zu erhalten hat, ohne daß darauf verzichtet werden muß. Ebenso gut kann auf Carr oder Barraclough oder all jene verwiesen werden, welche die geschichtliche Methodologie und ihre Probleme in umfassender Weise gesehen haben.

Die Zeitgeschichte – zu deren Analyse unsere Zeitschrift einen so prägenden Beitrag geleistet hat in der Rekonstruktion der jüngsten Vergangenheit Deutschlands

<sup>6</sup> Friedrich Meinecke, *Die Idee der Staatsräson*, Bd. II, S. 199.

<sup>7</sup> Francesco Patrizi, *Della istoria. Dieci dialoghi*, Venezia 1560, S. 25 ff. (Zitat nach F. Cheboel, *Lezioni di metodo storico*, Bari 1978, S. 35).

und, durch Deutschland, ganz Europas – gründet sich auf eine Aufreihung aller Quellen, die in einer modernen Gesellschaft noch zahlreicher sind als in denen der Vergangenheit: Man braucht nur an Umfragen und Statistiken, an die Kunst und die vergänglichen Erscheinungen der Massenkommunikationsmittel zu denken. Doch immer hat unsere Zeitschrift dem gefundenen Dokument, den gesammelten Erinnerungen, dem schriftlichen Vermächtnis der Geschichte den breitesten Raum gegeben, das – gerade weil es geschrieben ist – ein besonderes Gewicht hat und einen ganz besonderen Ansporn darstellt für den Diplomaten, welcher eine Neigung zur aktiven Politik im Rahmen der diplomatischen Aktion haben sollte.

Doch können wir glauben, daß die Dokumente, insbesondere die zeitgenössischen, tatsächlich in der Lage sind, uns eine objektive Wahrheit zu vermitteln? Hat also das zeitgenössische Dokument mehr Gültigkeit als eine literarische Erzählung – wie beispielsweise ein Roman von Hemingway über den spanischen Bürgerkrieg oder von Malraux über die Entstehung des Kommunismus in Asien?

Die politische Aktion – also das tägliche Handeln auch der weniger bedeutenden Protagonisten in der Politik – schlägt sich heutzutage nur mehr teilweise im Dokument, im schriftlichen Dokument, nieder: Das Telefon, das gesprochene Wort, die Überlagerung durch fremde Elemente fälschen die Zuverlässigkeit des geschriebenen Dokuments oder, besser gesagt: Seine Bedeutung und sein essentieller Charakter als ausschlaggebende Quelle werden herabgesetzt. Oder, wiederum anders gesagt, diese Faktoren müssen das geschriebene Dokument in ein anderes Licht rücken.

Apologeten und Rechtfertigungen hat es seit jeher in der Geschichte gegeben, und immer reflektieren sie irgendwelche spezifischen Bedürfnisse. Doch technisch stellt sich das jetzt anders dar. Sind wir sicher, daß die diplomatischen oder militärischen Berichte oder die Dokumente der Polizei oder die Berichte der italienischen oder französischen Präfekten immer ein ehrlicher und soweit als möglich realistischer Spiegel dessen sind, was vorgefallen ist? Meine Antwort ist eher negativ, gestützt auf Gründe, die auf vier Ebenen liegen: Die Wurzeln dieser Gründe sind im zeitgenössischen Leben und seinen ehernen Bedürfnissen zu suchen.

a) Die erste Ebene ist die außerordentliche Komplexität der Faktoren, die das moderne Leben ausmachen: vom parlamentarischen zum gewerkschaftlichen Leben, von den Kräften, die sich öffentlich und vielleicht lautstark auf den Straßen äußern, zu jenen, die im Untergrund im Geheimen wirken, wenn auch nicht notwendigerweise gewalttätig, oder zu den sogenannten „schweigenden“ Kräften.

Wie soll es für den, der als Diplomat oder Journalist darüber berichten will, möglich sein, alles zu wissen? Wie kann er es vermeiden, sein eigenes Urteil vorwiegend auf dem Scheinbild einer Gesellschaft – dem Scheinbild, das er sich selbst macht – fußen zu lassen? Wie soll es ihm möglich sein, hinter dieses Bild zu schauen, um dort endogene Kräfte zu entdecken, die dazu bestimmt sind – aber wann? –, exogen zu werden?

Der Historiker ist in der Lage, dieses Knäuel zu entwirren durch die Aufschichtung feinerer Darstellungen einzelner Aspekte – feiner sowohl in vertikaler wie horizonta-

ler Sicht, um ein immer reicher gefächertes Bild der Gesellschaft zu zeichnen: So bemüht er sich, diese Komplexität zu durchdringen.

Wie aber kann man annehmen, daß der bürokratische Berichterstatter über das unmittelbar Vorgefallene die Zeit, Möglichkeit und auch Neigung hat, eine solche Untersuchung anzustellen, die wissenschaftlich und tendenziell objektiv, immer aber langwierig und mühsam sein muß?

b) Auf der zweiten Ebene finden wir einen Faktor, der auch in den liberalen Gesellschaften vorhanden ist, wenngleich nicht immer auf so krasse Weise wie in den autoritären Gesellschaftsformen: Nämlich die Neigung jenes Bürokraten, sich an dem zu orientieren, von dem man weiß, daß es „oben“ Gefallen finden wird. In den liberalen Gesellschaftsformen – oder, deutlicher gesagt, in den Gesellschaften der freien Welt – werden sich nur wenige bereitfinden, dies zuzugeben, sondern alle werden die eigene Urteilsfreiheit behaupten. Aber eine Freiheit um jeden Preis? Auch um den Preis der eigenen Laufbahn? Mir sei gestattet, hier Zweifel anzubringen. Einen Einfluß hierauf hat auch die vielbeschworene Demokratisierung der Staatsstruktur. Der Bedienstete der öffentlichen Hand läßt sich oft dazu hinreißen, das eigene vor das Wohl der Allgemeinheit zu setzen; und dies aus dem einfachen und sehr prosaischen Grunde, daß seine Eingliederung in die Struktur immer mehr von den persönlichen und letztendlich ökonomischen Bedürfnissen konditioniert wird.

Die Demokratisierung – notwendige und unvermeidbare Erscheinung – führte jedoch zu dem Verlust der Unabhängigkeit – und nicht zuletzt der wirtschaftlichen Unabhängigkeit –, welche die absolute oder zumindest potentiell absolute Unabhängigkeit des Urteils gewährleisten konnte. Die Folge ist allzuoft der Konformismus oder die Anpassung an die Umstände. Diesem Phänomen der Demokratisierung stellt sich in den sozialistischen Strukturen sowjetischer Prägung die gewollte Verhüllung oder die nur teilweise und damit verfälschende Enthüllung der Quellen zeitgenössischer Geschichte entgegen. Ein Schweigen, das auf einer ideologischen Entscheidung beruht, aber das den ganz konkreten Wunsch widerspiegelt, sogar die Tatsachen den Bedürfnissen der Macht oder der Staatsräson unterzuordnen.

c) Diese Umstände erfahren eine weitere Rationalisierung und Rechtfertigung auf der dritten Ebene, nämlich auf der Ebene ideologischer Rechtfertigung; und zwar nicht im Sinne der „Heidelberger Professoren“, die – nach den zynischen Worten Bismarcks – die ideologische Rechtfertigung für die Entscheidung lieferten, nachdem er sie bereits getroffen und das getan hatte, was er glaubte, tun zu müssen. Wir befinden uns im Blickfeld der Ideologien, wobei ich auf die jüngste, hervorragende Analyse des Historikers Karl-Dietrich Bracher in der „Zeit der Ideologien“ verweise.

Wie kann man verlangen, daß derjenige, welcher über die Ereignisse berichtet, um Quellen scheinbar erster Hand zu liefern, nicht der Gefahr erliegt, alles vorrangig unter dem Prisma der eigenen ideologischen Orientierung zu beurteilen? Sind diese Orientierungen doch letztendlich immer gleichzeitig Entscheidungen eines ideologischen Glaubensbekenntnisses. Es ist also nicht möglich, die Wiedergabe – um nicht von den späteren Bewertungen zu sprechen – der Ereignisse von einer Interpretation im Lichte eigener ideeller und ideologischer Entscheidungen zu trennen, Entschei-

dungen, welche die Lebensbedingung selbst des Geistes in einer Welt von heute sind, wo es vollkommen unmöglich geworden ist, über allen ideellen Konflikten zu schweben: Angesichts der Zukunft glaubt jeder, ein bestimmtes Entwicklungsmodell anbieten oder annehmen zu müssen, auch wenn dieses Modell immer widersprüchlicher wird.

Dieser ausgeprägte Prozeß der „Ideologisierung“ wurde – in der umfassenden Sicht der Zeitgeschichte – deutlich vorangetrieben durch die bolschewistische Revolution: Es handelte sich dort um die gewollte und planmäßige Unterordnung jeder geschichtlichen Quelle oder Wertung unter einen politischen Willen. Dieser politische Wille richtete sich auf ein so erhabenes und notwendiges Ziel, daß jedes Mittel erlaubt schien, um die Erlangung des Ziels zu beschleunigen oder zumindest in den Tatsachen gewiß werden zu lassen: „Das Geschichtsbild bringt die Voraussetzungen und Bedingungen für die Verwirklichung der historischen Mission der Arbeiterklasse zum Ausdruck“, schreibt ein politisches Wörterbuch aus Ostberlin<sup>8</sup>.

d) Die vierte Ebene umfaßt schließlich in einem gewissen Sinn die Synthese des Zusammenhanges zwischen Ansatz an der Oberfläche, Tendenz zum Opportunismus und Einfließen der eigenen ideellen und ideologischen Überzeugungen. Jede politische Generation der Länder mit demokratischer Wechselbarkeit (nicht also, oder zumindest in weit geringerem Ausmaß, der autokratischen Länder) bringt eine Flut von Memoiren hervor. Der Politiker kann dem Wunsch nach Rechtfertigung nicht widerstehen: Ist er gescheitert, will er die Verantwortung auf andere abwälzen, ist er an der Macht, so möchte er seine Eingebungen oder Irrtümer rational belegen; schließlich möchte er Einfluß ausüben, um seinem Nachfolger Bedingungen zu schaffen, Mahnungen zu erteilen oder Unterstützung zu gewähren.

Er versucht also, „mit der Münze der Unsterblichkeit bezahlt zu werden“<sup>9</sup> – eine Versuchung, die Regierende abzulehnen haben: Doch wieviele können ihr widerstehen? Und vielleicht ist es sogar richtig, daß es so ist.

Diese vier Ebenen qualifizieren die traditionellen schriftlichen Quellen einer zeitgenössischen geschichtlichen Analyse und führen zu einigen Konsequenzen im Zusammenhang mit dem immer enger werdenden Bezug zwischen Geschichte und Politik<sup>10</sup>, wobei die Zeitgeschichte, um nochmals mit Rothfels zu sprechen, eine Aufgabe ist. Aber welches muß dann ihr Ziel sein?

4. Vor fast nunmehr sechzig Jahren, sozusagen am Vorabend der großen deutschen Tragödie von 1933, widmete Meinecke Ernst Troeltsch ein Grundlagenwerk, „Die Idee der Staatsräson“. Wie nie zuvor beharrte Meinecke, in einer noch überzeugenderen Weise als Croce bei dem Begriff von der „Geschichte als Gedanke und Handlung“, auf dem Dualismus von Kratos und Ethos, von der Handlung nach „Machtantrieb“ und der Handlung „nach sittlicher Verantwortung“. Wenn die Staatsräson so-

<sup>8</sup> Kultur-Politisches Wörterbuch, Berlin 1978, S. 239.

<sup>9</sup> H. Kissinger, *The White House Years*, London 1979, S. 55.

<sup>10</sup> Waldemar Besson, *VfZ* 7 (1959), S. 114–129; Karl Dietrich Bracher, *Geschichte und Gewalt*, Berlin 1983, S. 233–253.

mit den Übergangspunkt markieren soll, wird sie statt dessen zu einem „tragischen Hergang“, der zerrissen wird von „höchster Duplizität und Gespaltenheit“, nämlich zwischen „schauendem Geist“ und „schaffender Kraft“.

Dieser ideelle Konflikt kommt heute, auch in letzter Konsequenz der Methodik, für den Politiker in zwei unterschiedlichen Interpretations- und Wertungslinien zum Ausdruck.

Die erste besteht in dem Fortdauern des Konfliktes zwischen politischer Notwendigkeit – oder, wenn man so will, der Staatsräson – und dem moralischen Inhalt des politischen Handelns. Und ich möchte hier nicht an den Hegelschen Staatsbegriff oder an die Auffassung Treitschkes anknüpfen in der Ablehnung des Begriffes eines allmächtigen Staates. Einfacher und weniger philosophisch möchte ich daran erinnern, wie die ethischen Kräfte den Politiker zwingen, eine Antwort zu suchen.

Die politischen Notwendigkeiten können darin bestehen, eine internationale Verankerung zu finden oder die Nation irgendwie vor größeren Übeln zu bewahren. Auf einer anderen, aber von der ersteren nicht unabhängigen Ebene liegt die Überzeugung – ob sie nun gutem oder bösem Glauben entspringt –, daß die Wahl einer bestimmten Staatsräson die für die Nation beste Entscheidung ist.

Kann also der ethische Aspekt der politischen Entscheidung nur in dem Fortschritt der Freiheit des Menschen und der Gesellschaft durch den Menschen als Individuum liegen? Schon Hegel hatte, von Croce gefolgt, gesagt, daß die Geschichte die Geschichte der Freiheit ist und „daß sie ewige Gestalterin der Geschichte“, ja „selbst Gegenstand der Geschichte ist“<sup>11</sup>.

Doch welche Freiheit? Politische Freiheit oder Freiheit von Bedürfnissen? Formelle oder substantielle Freiheiten, um einer kommunistischen Unterscheidung zu folgen, die zu überwinden den westlichen Kommunisten heute nur mit Mühe gelingt? Die Interessen der Allgemeinheit sind für den heutigen Politiker vorrangig; er verlangt von dem Historiker, sie ihm auf möglichst überzeugende Weise deutlich zu machen. Diese neue Staatsräson, die nicht mehr den Souverän, sondern den von allen für alle definierten Staat meint, soll ihre eigene Erklärung und Begründung auch unter dem Aspekt der Erfordernisse finden, welche die Moral von der Politik verlangt.

Die zweite Linie befindet sich in engster Verbindung mit dem zuerst angedeuteten Problem und ist vielleicht der Kernpunkt unserer Ausführungen.

Der Politiker trifft eine im Grunde intuitive Entscheidung, die sich auf eine vorangegangene, ebenfalls intuitive Entscheidung gründet. So ergibt sich eine Verkettung, deren ursprüngliche Wurzeln auf geschichtliche Ereignisse zurückweisen, die jedoch in jedem Bruchteil ihrer Entwicklung auf eben die Intuition zurückgeführt wird, und werden kann, wobei die vorangegangene Geschichte immer eine Erinnerung des Unterbewußtseins ist.

In diesem Prozeß beruft sich der Politiker – heute mehr denn je – auf ideologische oder paraideologische Überzeugungen, um eine umfassende Interpretation der Ge-

<sup>11</sup> Benedetto Croce, *La storia come pensiero e come azione*, Bari 1954, S. 46.

schichte der Menschheit von gestern und morgen zu verfolgen. Dabei befindet er sich nicht so sehr auf der Suche nach der Transzendenz, sondern vielmehr der Immanenz, die in der möglichen Welt der unmittelbaren Zukunft zu realisieren ist. Er, der Politiker, zögert nicht, die Daten der Geschichte seinen Bedürfnissen entsprechend zu verdrehen: Er ist davon überzeugt, im Besitze der Wahrheit zu sein, das Geschehene als Hinweis für das zu interpretieren, was geschehen wird und was die anderen tun müssen.

Ein neuer Subjektivismus verändert jede Tradition der Aufklärung oder des Triumphes der Vernunft als Ziel des Handelns der Menschen, als Individuen ebenso wie als Gemeinschaft. Die psychologischen Kategorien des Subjektivismus der Individuen oder der Massen werden Teil des konkreten politischen Verhaltens.

Man denke nur für einen Augenblick an die Atomstrategie als Angelpunkt der internationalen Beziehungen. Der Kerngehalt der Begriffe der Abschreckung – also das Ziel einer Strategie, die sich auf ein technisches Mittel gründet, das man haben will oder muß, aber niemals anwenden darf – ist eine Kategorie der psychologisch Realen.

Gleiches geschieht bei einer ganzen Palette von anderen, damit verbundenen Begriffen, wie dem der Theorie der Signale oder dem Problem der Wahrnehmung (Perzeption) oder der Glaubwürdigkeit. Diese neuen Begriffe, die ihre Wurzel in der Psychologie finden, werden von dem Politiker benutzt, gerade weil es für ihn nicht mehr notwendig ist, aufrichtige Lösungen zu finden, die in sich selbst nicht nur provisorische Geltung haben sollen. Er ist der Überzeugung, daß die Zeit nicht so sehr die konkrete Politik des Gegners, sondern mehr noch deren ideologische Grundlagen wird verändern müssen – sie müssen sich ändern, sei es, weil dies die Geschichte mit ihren eisernen Gesetzen verlangt, sei es, weil es der Wille der Völker ist, auch wenn die Völker dann in ihren Entscheidungen in verschiedener Weise und auf unterschiedlichen Ebenen bedingt werden. Marxisten und Nichtmarxisten sind davon fest überzeugt.

Wenn aber das Gefüge der Entschlüsse des Politikers so eng in Konditionierungen verhaftet ist, die sich aus der politischen Entscheidung selbst in der ihr innewohnenden Intuitivität entwickelt haben, so muß gefragt werden: Wie kann der Historiker, der die Objektivität und die Wahrheit – wenngleich auch nur seine eigene – sucht, diesem dicht geknüpften Netz entgehen, und wie kann seinerseits der Politiker Nutzen ziehen aus den Lehren der Geschichte?

Kann, mit anderen Worten, sie noch immer „magistra vitae“ sein, und kann der zeitgenössische Historiker die innerste Überzeugung hegen, nicht Instrument politischer Entscheidungen zu sein, die man ihm unbewußt auferlegt hat?

Die Vergangenheit prägt die Gegenwart und beeinflusst die Zukunft: Das ist eine banale Feststellung, die jedoch nie vergessen werden darf. Die Vergangenheit darf deshalb nicht ignoriert oder verneint oder, wenn sie unbequem ist, als Unfall des menschlichen Lebens, als unlogische Klammer, als Irrtum betrachtet werden. Die Vergangenheit muß als das angegangen werden, was sie war. Sie muß untersucht und beurteilt werden in ihrer ganzen Mechanik, ohne irgendwelche Definitionskriterien,



die zu Fälschungen geraten<sup>12</sup>; dies gilt ganz selbstverständlich auch für die so traurige Periode des Faschismus, die von der Zeitschrift in den dreißig Jahren ihres Bestehens so vielfach analysiert worden ist, auch in ihrer italienischen Dimension<sup>13</sup>. Ich spreche also von der jüngeren Vergangenheit, deren Zeugen noch leben. Diese Vergangenheit ist, gerade wenn sie unbequem ist, Ziel einer Zukunft, deren Beteiligte wir auch heute sind.

Doch wenn es heute an uns ist, die Vergangenheit zu beurteilen und in einigen spezifischen Fällen zu Recht negativ zu bewerten, so tun wir dies im Namen einer politischen Entscheidung des Heute. Mit anderen Worten: Wir sind der Auffassung, daß diese Vergangenheit keinen positiven Wert gehabt hat, weil sie Folgen von teilweise, ja immer dramatischer Art mit sich gebracht hatte, vor denen wir heute fliehen möchten, auch weil wir nicht wollen, daß sie sich wiederholen. Es ist dies eine ideologische Entscheidung, die eine Gesellschaft als richtig betrachten kann – und manchmal unter dem Aspekt der Ethik auch muß. Doch bleibt es immer eine Wahl, die getroffen wird. Ein Beispiel dafür ist die Bundesrepublik: „Ein Staat der Zeitgeschichte, aus der Katastrophe hervorgegangen und nach Überwindung der Katastrophe errichtet“, wie Nolte in dem erweiterten Text einer Rede von 1970 sagte<sup>14</sup>.

Die Zeitgeschichte an sich ist denn auch Teil unseres Seins und Denkens heute. Man denkt an sie nicht als etwas, das sich außerhalb von uns befindet, sondern als an etwas, innerhalb dessen wir leben und handeln. Man fürchte daher nicht, sie in unserer heutigen Sicht zu interpretieren: Dieses Gestern ist noch kein geschichtliches Gestern, das bereits allein den Dokumenten und Wertungen überlassen wäre, aus denen heraus sich mit Max Weber der Verzicht auf die Welt ethischer Werte durch den Erforscher der Zeitgeschichte ergäbe. Somit impliziert die Mitwirkung an einem geschichtlichen Urteil eine Parteinahme, wenn man so will, oder zumindest den ausdrücklichen Wunsch, diese jüngste Vergangenheit mittels der Schlußfolgerungen und der Kategorien des Handelns, die heute gültig sind, zu interpretieren.

Man kann nicht umhin, in dieser Auffassung der Suche nach Einheit zwischen Politik und Zeitgeschichte eine Gefahr zu erkennen: Ihre Wissenschaftlichkeit könnte zum Opfer fallen genau in dem Augenblick, in dem sie das Ergebnis einer Bewertung wird; da diese Bewertung politischer Natur ist, muß sie wechselvollen Umständen entsprechen, sie beruht auf Gegebenheiten, die nicht wissenschaftlich sind, sondern nur das Ergebnis fiktiver und somit wenig dauerhafter Gleichgewichte sein können<sup>15</sup>.

<sup>12</sup> Zum Beispiel von Martin Broszat in: VfZ 14 (1966), S. 225–251, oder Ernst Nolte, ebenda 15 (1967), S. 247–258.

<sup>13</sup> Edgar Rosen, VfZ 5 (1957), S. 17–41; Ernst Nolte, ebenda 10 (1962), S. 373–407; Martin Broszat, a. a. O.; Petersen, ebenda 22 (1974), S. 417–457; Bernd Martin, ebenda 29 (1981), S. 48–73; Jerzy Borejsza, ebenda 29 (1981), S. 579–614.

<sup>14</sup> In: VfZ 18 (1970) S. 4.

<sup>15</sup> In Anlehnung an einen Aufsatz von Hans Mair in den VfZ 10 (1962), S. 225–249. Hierzu ein kurzer Hinweis: Die Ablehnung der technisch-politischen Fragestellung (die also ideologisch gefärbt ist) führt zu einer „ideologisch konservierenden Wirkung“, aber in diesem Fall gewinnt auch die vorgebliche Objektivität selbst eine politische Ausrichtung, und dabei nicht immer die beste.

Ein Ausweg aus diesem Dilemma oder besser aus diesem Widerspruch könnte darin bestehen, daß man die Überzeugung wiederauferstehen läßt, derzufolge die Geschichte „magistra vitae“ zu sein hat. Wenn dies der Fall wäre, wie könnte man sich dann der Gefahr entziehen, die Vergangenheit zu werten? Soll sie nicht, von der Schule angefangen, dazu dienen, für Gegenwart und Zukunft eine Mahnung zu sein? Wie sollte man dann also nicht aus der uns noch so nahen Vergangenheit jene Elemente herausziehen, die der Mahnung konkreten Gehalt geben sollen? Nur so kann die Mahnung zu einem Instrument für die konkrete Entscheidung in den Fakten werden, die von ihrer Natur her politisch sind; in ihnen spiegeln sich die Organisation und die Zielsetzung der Gesellschaft wider, innerhalb derer diese Fakten eine Wirkung auszuüben bestimmt sind.

Versuchen wir nun, das Knäuel der Widersprüche zu entwirren, in die sich die Zeitgeschichte zu verwickeln scheint, wenn sie sich der Politik nähert, so wie wir es in dem Gedankengang bis hierhin zu zeigen versucht haben.

Wir haben gesagt, welches die Ebenen oder in Wirklichkeit die Grenzen der Dokumentation sind, auf denen die Zeitgeschichte ihre eigene wissenschaftliche und nicht politische Legitimation aufbauen kann oder glaubt aufbauen zu können. In die politische Entscheidung wirken der ethische Wert einer Entscheidung und das Gewicht der Intuition als Moment der Synthese ein, welches die Verantwortlichkeit des Politikers als solchen darstellt. Wenn sich die Politik – so haben wir uns gefragt – nun für ihre unmittelbaren Ziele der Zeitgeschichte bedient, wird diese Teil der Politik in ihrem zentralen Aspekt der Fähigkeit, oder des Willens, Entscheidungen zu treffen?

Die Antwort ist: ja. Die Rechtfertigung liegt in der Struktur des Prozesses der Meinungsbildung in der heutigen Welt. Zu der Vielzahl von Masseninformationsmitteln – in nie zuvor gekannten Ausmaßen – gesellt sich eine unglaubliche Möglichkeit dieser Kommunikationsmittel, die Realität oder die Wahrheit zu verfälschen oder einzuschränken.

Wenn die Wahrheit an sich Gegenstand subjektiver Wertungen sein kann, sind es heute nicht vielleicht die Fakten, die kontrovers sein müssen? Diese Kontroverse führt bei Problemen äußerster Wichtigkeit dazu, daß nicht nur ihre politische, sondern vor allem ihre wissenschaftliche Feststellung unmöglich gemacht wird.

Als ein Beispiel unter Tausenden möchte ich das des Gleichgewichtes im Zusammenhang mit der Atomstrategie und der Verfügbarkeit und dem Gewicht der nuklearen Arsenalen nennen – die aber als Voraussetzung für die Politik der Sicherheit und des Friedens betrachtet werden.

Hier schiebt sich eine Dimension der Zeitgeschichte, die auch von unserer Zeitschrift unterstützt worden ist, in den Vordergrund: Nämlich das Bestreben, die Vertiefung der Aktualität in ein wissenschaftliches, somit von Leidenschaften befreites Studium zu verwandeln, das sich auf die Analyse der Fakten gründet: Das bedeutet also Übergang von der Chronik zur Geschichte<sup>16</sup>.

<sup>16</sup> Als Beispiele der vorausschauende Aufsatz von Rothfels im Jahre 1956 über „Gesellschaftsordnung und Koexistenz“ und die Abhandlung Eschenburgs über „Das Problem der deutschen Einheit nach

In der Vergangenheit hatte man sich um eine Unterscheidung zwischen Chronik und Geschichte bemüht. Dabei betrachtete man erstere als etwas Geringeres, eine weniger interessante, weniger logische, äußere und womöglich sogar nutzlose Sache. Dies hatte man zu einer Zeit sagen können, als die Chronik sich auf die pure Wiedergabe des Gesehenen ohne Analyse und ohne unmittelbare Wirkung beschränkte.

Wie kommt es aber nun, daß auch diese Chronik heute Eintritt in die Zeitgeschichte erhält, ohne daß man sich darüber als Majestätsbeleidigung der historischen Wissenschaft empört? Nicht etwa, weil die Diskussion über die Begriffe des „*événement*“ oder des „*événementiel*“ von Braudel neu aufgegriffen werden müßte, sondern weil die Chronik nicht mehr oder besser nicht nur wortgetreue und banale Wiedergabe großer und kleiner Fakten, die keinen Filter der Wertung durchlaufen haben, ist. Diese Chronik, also die Wiedergabe und Analyse des Vorgefallenen, wird heute Gegenstand der Geschichte, und zwar sowohl in dem Grundgehalt des Ereignisses als auch in der Art und Weise, wie es dargestellt wird. Genau in diesem Augenblick jedoch wird sie zum Ansatz für die politische Entscheidung; sie führt zu einem direkten und unmittelbaren Einfluß auf jene bereits erwähnten Elemente der geschichtlichen Kenntnis oder des geschichtlichen Bewußtseins des Politikers.

Durch diese „Chronik“ – die letztlich die Essayistik der modernen Politik ausmacht und Beurteilungskategorien für laufende Ereignisse liefert – stellt der Historiker der Zeitgeschichte den Einklang mit der Politik wieder her. Dabei wird sie nicht notwendigerweise zu einem passiven Instrument, sondern zu dem Mittel, das den Politiker zu einer Bewertung der Probleme führt, welche zumindest in Teilen das Zufällige verläßt.

Es ist dies eine bedeutungsvolle Aufgabe, denn die Ungewißheit der Zukunft ist enorm, und die Unmöglichkeit für den Politiker, an solide Gewißheiten anzuknüpfen, führt ihn zu zufälligen Haltungen, die zweifellos negativ oder doch zumindest als höchst risikoreich zu bewerten sind. „Politische Führer haben wenig Zeit zum Nachdenken“, schrieb Kissinger und fügte hinzu: „Ohne Philosophie fehlen der Politik die Maßstäbe“<sup>17</sup>.

Die Zeitgeschichte bietet diese Maßstäbe oder versucht es zumindest. Die Funktion der Zeitgeschichte besteht hier nicht mehr in der Mahnung oder im Studium der Vergangenheit, durch welches die Wurzeln der Gegenwart und die Voraussetzungen der Zukunft entdeckt werden sollen. Sie ist hingegen Teil eines umfassenden Handelns zugunsten der „polis“ in ihrer Gesamtheit. Sie ist nicht mehr „*magistra vitae*“, sondern in der Bedeutung der Zeitgeschichte Teil des Lebens<sup>18</sup>.

Ist sie also politisches Handeln? In Teilen ist sie es gewiß. Sie kann sich nicht der klassischen methodologischen Instrumente der geschichtlichen Forschung bedienen,

---

den beiden Weltkriegen“ (1957), ferner noch einmal Rothfels mit seinen „Betrachtungen zur Wiedervereinigung“ (1958).

<sup>17</sup> Kissinger, a. a. O., S. 54.

<sup>18</sup> Man kann in diesem Zusammenhang an den Beitrag von Schwarz über „Adenauer und Europa“ VfZ 27 (1979), S. 471–525, oder, ebenda 29 (1981), S. 48–73, an Bernd Martins Aktualisierung dessen, was Faschismus ist, erinnern.

sondern muß sich, wie die Politik, der Intuition anvertrauen; und wie die Grundsatzentscheidungen der Politik muß sie sich ideologischer Orientierungen bedienen, mit eben jenen Kategorien, welche die politische Welt von heute benutzt, um die Zukunft zu erkennen und an ihr die eigene Entscheidungsfähigkeit auszurichten: Wahrnehmung, Glaubwürdigkeit, Signale, öffentliche Meinung, Psychologie der Allgemeinheit, Illusionen und schließlich bewußte oder unbewußte Täuschungen.

Natürlich läuft die Zeitgeschichte Gefahr, von der Politik des Zufalls verseucht zu werden und so ihre Wertungen im Zuge der Wandelbarkeit der Politik zu verändern. Wenn nun dieses politische Risiko für sie besteht, so muß die Zeitgeschichte – in ihrer Dimension als aktiver, aktueller und notwendiger Teil der Geschichte in fieri – sich mit einer wichtigen methodologischen Einschränkung auseinandersetzen.

Diese Zeitgeschichte kann sich nur eines Teils der Daten bedienen, welche die Politiker bei ihren Entscheidungen berücksichtigen sollen oder, wie man annimmt, müssen. Wie kann man so beispielsweise ein Problem des Gleichgewichts der Sicherheit analysieren, wenn einige der essentiellen Daten geheim und dem Forscher der Zeitgeschichte nicht bekannt sind? Und eben hier ist der Punkt, an dem dieser Forscher – gerade weil er über alle Daten nicht verfügt, noch verfügen kann – die nicht nur intellektuelle, sondern auch moralische Freiheit hat, Beurteilungen auszusprechen, die sich auf den äußeren Effekt der Entscheidungen oder Orientierungen der Politiker gründen. Zwar scheint dies nicht genug zu sein, doch ist es viel, ungeheuer viel.

Die Verantwortlichkeit des Forschers der Zeitgeschichte wird somit nicht die, Vorfälle der Vergangenheit oder der Gegenwart wiederzugeben. Sie besteht darin, die öffentliche Meinung zu formen, die ihn liest, nicht jedoch den Bericht lesen kann, der die geheimen Daten enthält, auf Grund derer der Politiker seine Entscheidungen treffen zu müssen glaubt.

Diese Konzeption unterscheidet sich nun von der Machiavellis, wiewohl auch dieser über den wechselseitigen Einfluß von Geschichte und Politik viel zu vermitteln und geschrieben hatte: „Die Menschen sind viel mehr in den gegenwärtigen Dingen verhaftet als in den vergangenen.“ Dies jedoch nicht aus einem zufälligen Interesse heraus, denn: „Wenn sie in den gegenwärtigen das Gute finden, so genießen sie es und suchen nichts anderes.“ Ebenso sagte Croce, daß „nur ein Interesse an dem gegenwärtigen Leben uns dazu führen kann, Vergangenes zu untersuchen“. Und doch bestimmt die wissenschaftliche oder tendenziell wissenschaftliche Analyse, die der Schreiber der Zeitgeschichte unternimmt, mittels ihrer Wirkung auf die öffentliche Meinung das Sichentwickeln der Ereignisse.

In anderen Worten: Das Studium einer bestimmten Situation oder die Interpretationen eines Ereignisses oder die Erklärungen für das Verhalten einer Gemeinschaft oder die Enthüllungen über den Hintergrund eines einzelnen oder einer Gruppe – all das sind ganz konkrete Faktoren, die auf politische Verhaltensweisen einwirken und bisweilen ebenso konkreten politischen Entscheidungen zugrunde liegen.

In den kommunistischen Gesellschaften sowjetischer Prägung, die der offenen Debatte entbehren, werden Hinweise auf die jüngste Vergangenheit oder ihre Wertung

zu beziehungsreichen Anspielungen oder phantastischen Instrumenten, mit denen man Entscheidungen der Gegenwart behaupten, verneinen, analysieren will.

Auf diese Weise wird die Zeitgeschichte in ihrer Dimension als Analyse der Gegenwart in nie dagewesener Weise zu einem immanenten und integrierenden Element des Entscheidungsprozesses.

Warum geschieht dies heute und ist dies nicht in gleichem Maße bereits in der Vergangenheit geschehen? Die Antwort auf diese Frage ist in zwei Gründen zu suchen, die bereits zur Sprache gekommen sind. Zum einen in der Bedeutung der Massenkommunikationsmittel und zum anderen in der Tatsache, daß wir Situationen gegenüberstehen, die ungewiß sind, in ihrer zukünftigen Entwicklung ebenso wie sogar in ihren Inhalten. Beide Ursachen sind schließlich auf einen einzigen, einigenden Gedanken zurückzuführen: Das Gewicht des psychologischen Faktors in einer Massenzivilisation, die von rational nicht faßbaren Emotionen bewegt und von einer unsicheren politischen Führung aufgefordert ist, über die Ungewißheiten einer nur unklar sich abzeichnenden Zukunft zu entscheiden.

Hier tritt nun die Analyse der Zeitgeschichte ein mit dem Versuch, Mittel zur Definition dieser Zukunft anzubieten, um der bisweilen verängstigten öffentlichen Meinung eine Orientierung zu liefern, um also Politik zu machen.

Der Kreis schließt sich: Es besteht kein Widerspruch, sondern Identifizierung mit einer Art Heterogenität der Zielsetzungen von Zeitgeschichte und politischem Handeln. Mit Croce könnten wir also sagen, daß „diese zeitgenössische“ Geschichte „jene Geschichte ist, die unmittelbar mit der soeben vollbrachten Tat als Bewußtsein dieser Tat entsteht“.

Vielleicht wäre es meine Aufgabe gewesen, anläßlich dieses dreißigjährigen Bestehens der Zeitschrift ein umfassendes Bild oder eine umfassende Darstellung einer dreißigjährigen Tätigkeit jener deutschen (und auch nichtdeutschen) Historiker zu vermitteln, die von 1952 bis heute dazu beigetragen haben, den internationalen Ruf der Zeitschrift zu begründen und zu verbreiten. Es stand mir jedoch nicht an, die Konstanten, Entwicklungen und Ausrichtungen der deutschen historischen Wissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg aufzuzeigen – einer Wissenschaft, die ihre Wurzeln in einer beispielhaften Tradition hat, vor der wir alle uns mit Achtung und Dankbarkeit zu verneigen haben.

In den vergangenen Monaten habe ich 30 Jahrgänge der Zeitschrift – 120 Bände, 15 000 Seiten Zeitgeschichte – gelesen oder wieder gelesen oder mit immer neuem Interesse durchgesehen: Ein von Kontinuität und konkreter Zielsetzung bewegtes, beeindruckendes Werk, das seinen Anfang findet in der noblen, deutschen und demokratischen, universellen und nationalen Lehre von Hans Rothfels, und in dem heute Geschichte gemacht und Freiheit geschaffen wird durch die derzeit Verantwortlichen Karl Dietrich Bracher und Hans-Peter Schwarz – Bewahrer der Kontinuität, doch zugleich Wecker neuer Akzente.

Ich möchte nur einige Betrachtungen und Bemerkungen aus dieser Lektüre festhalten.

Zunächst das engagierte und leidenschaftliche Bemühen, durch Beiträge zu spezi-

fischen Ansätzen den Niedergang der Weimarer Republik zu ergründen und zu verstehen – den Niedergang der Demokratie in dem von einer tragischen Debatte zerrissenen Deutschland. Gerade die irrtümlichen oder falschen, bewußt falschen Bewertungen der Ereignisse des Gestern – also der Niederlage von 1918 – waren die Ursache, da sie diesem Ereignis die Realität verweigerten und so die Motive für das Drama lieferten, das sich vor nun genau 50 Jahren dann vollzog.

Zweiter Punkt ist der breite, aber sicher noch nicht beendete Versuch, das Phänomen des Nationalsozialismus zu analysieren: Es handelt sich nicht darum, eine Erklärung zu finden, sondern zu verstehen, warum etwas geschehen ist, was kein menschlicher Irrsinn je hätte planen können<sup>19</sup>.

Dritter Punkt ist die Rekonstruktion und Behauptung der Widerstandsbewegung: Hier in München sei mir gestattet, mit den Geschwistern Scholl an das Zeichen eines Widerstandes zu erinnern, der zum Scheitern verurteilt, vielleicht oft auch widersprüchlich war, doch immer die wahre Kontinuität der deutschen Nation verkörperte.

Der vierte Punkt betrifft die Interpretationen, deren Absicht nicht eine didaktische Mahnung an die jüngere Vergangenheit ist, auf daß sich diese nicht wiederholen möge – als ob so was je möglich wäre! Absicht dieser Interpretationen ist es hingegen, durch eine Vergangenheit, die im Lichte der bereits angesprochenen Moral zu verdammen ist, die Kontinuität des geschichtlichen Urteils zu gewährleisten. In diesem Sinne bedeutet es die Rekonstruktion des Geistes einer Nation, deren Größe nicht an der Kraft ihrer Waffen, sondern eher in der Befolgung einer Mahnung des Großen Kurfürsten Preußens zu messen ist: „Dienet Ihm auch mit rechtschaffenem Herzen und wandelt treulich in seinen Wegen.“

Fünfter Punkt ist der Vergleich mit den Geschehnissen außerhalb des eigenen Landes, wo die italienischen Ereignisse, wie erwähnt, vielfache Beachtung finden<sup>20</sup>.

Der sechste Punkt schließlich sind die ausführlichen und interessanten Untersuchungen über die Vorgeschichte der Bundesrepublik, die Erforschung dieser so aufregenden, dunklen Jahre, in denen jedoch die Hoffnung auf einen neuen Anfang leuchtete, der Jahre zwischen 1945 und 1949, ja bis 1954, in denen der Mut des deutschen Volkes sich ganz von den so teuer bezahlten Irrtümern der Vergangenheit befreite. Von besonderer Wichtigkeit sind vor allen Dingen die Beiträge über die Beziehungen mit den Alliierten und damit über die Entwicklung des alliierten Denkens über das, was Deutschland aus sich selber machen sollte und was es schließlich werden sollte<sup>21</sup>.

<sup>19</sup> So finden wir hervorragende Dokumentationen und faszinierende Analysen über Goebbels (von Moltmann) oder Frank (Klessmann) oder über die Soziologie der SS (Paetel) oder über den Antisemitismus (von Bein und Hillgruber), um auf diese Weise zu versuchen, den Charakter der internen Beziehungen eines autoritären und brutalen Systems zu erfassen. Günter Moltmann, VfZ 12 (1964), S. 13–43; Christoph Klessmann, VfZ 19 (1971), S. 245–260; Karl O. Paetel, VfZ 2 (1954), S. 1–33; Alexander Bein, VfZ 6 (1958), S. 340–360; Andreas Hillgruber, VfZ 20 (1972), S. 133–153.

<sup>20</sup> Siehe Anm. 12.

<sup>21</sup> Im Zusammenhang mit meinem Thema siehe besonders Theodor Eschenburgs Vortrag anlässlich des 25jährigen Bestehens des Instituts für Zeitgeschichte, in: VfZ 24 (1976), S. 58–74.

Diesem Überblick hinzufügen möchte ich den Hinweis auf die immer häufigeren Aufsätze über die Geschichte des Heute, auf diese politische Chronik, die in Deutschland und anderswo die Verknüpfung von Zeitgeschichte und politischem Handeln bietet<sup>22</sup>.

Italien und Deutschland hatten über fast ein Jahrhundert hinweg eine parallele Geschichte, die sich gewiß nicht auf die sanften Aspekte des Bildes von Overbeck beschränkte. Eine Geschichte, die aus Bestrebungen, Behauptungen, Eroberungen, doch auch aus vielen, vielen Irrtümern geformt ist. Deutschland und Italien haben vielleicht für lange, dunkle Jahre ein gemeinsames Element in ihrer zeitgeschichtlichen Vergangenheit. „Die große Explosion eines kollektiven Dämons“, so De Felice, anders, doch nicht weniger hassenswert, wie Martin in der Zeitschrift über das deutsche Phänomen schrieb<sup>23</sup>.

Dieser Dämon existiert nicht mehr. Wir haben unsere Geschichte und unsere Vergangenheit wiedergewonnen. Natürlich um sie kritisch zu untersuchen, aber auch, um sie mühsam von der politischen Parteilichkeit zu reinigen, doch ohne uns dem Urteil unseres moralischen Gewissens zu entziehen. Es ist dies unsere Kraft, die Kraft unserer Demokratie. Unser Dank muß daher an all jene gehen, die dieser Kraft die Unterstützung und den Impetus der historischen Wissenschaften gaben auf den Seiten dieser Zeitschrift.

Ich habe versucht, es zu vermeiden, mich in einer Unterscheidung von Geschichte und Politik zu ergehen, um weder eine Kritik Croces noch eine Aufwertung Max Webers vorzunehmen<sup>24</sup>.

Es muß der Historiker der Zeitgeschichte die ihn umgebende sowie die ihm unmittelbar vorausgehende Wirklichkeit erforschen und dabei frei sein von dem Anspruch, die Politik zu entscheiden oder politische Entscheidungen mit direkter Wirkung zu treffen. Er sei sich jedoch dessen bewußt, daß der Politiker nicht ohne ihn auskommen kann: Der geistige Fortschritt des Menschen bewegt sich nicht durch die interessierte und momentane Zufälligkeit des Politikers, sondern durch die Wechselfälle des Zweifels dessen, der denkt, der überlegt, der sammelt, ohne eine unmittelbare Übertragung in das tägliche Handeln im Sinn zu haben. Darin leistet der Historiker der Zeitgeschichte der Freiheit des Menschen den größten Tribut. Und muß nicht Geschichte letzten Endes die Erzählung des Prozesses sein, in welchem der Mensch er selbst sein will? 1954 zeigte uns Rothfels einen Leitweg: „Die ‚Würde des Menschen‘ als ein Zentralthema des zu erneuernden Europa in der Betonung sittlicher Beziehungen innerhalb des Staatlichen wie der Völkergemeinschaft, in der Forderung namentlich nach der Wiederherstellung der ‚Majestät des Rechts‘“<sup>25</sup>.

<sup>22</sup> Hinsichtlich der Bedeutung der Dokumentation der Gegenwart für Deutschland möchte ich an die scharfen Beobachtungen von Schwarz in einem Aufsatz in der „Beilage zur Wochenzeitung DAS PARLAMENT“, B 36/82, 11. September 1982, erinnern.

<sup>23</sup> Bernd Martin, VfZ 29 (1981), S. 48–73.

<sup>24</sup> Das Thema wurde bereits hervorragend erarbeitet von Gerhard Schulz in seiner Tübinger Antrittsvorlesung; abgedruckt in VfZ 12 (1964), S. 325–350.

<sup>25</sup> VfZ 2 (1954), S. 339.

Ist dies ein politisches Ziel oder ein Ziel der Zeitgeschichte? Es ist immer ein Ziel, dem wir uns verschreiben müssen, wenn wir wollen, daß die Geschichte von Gestern keine Wiederholung findet; wenn wir wollen, daß politisches Handeln sich ein Ziel setzt; wenn wir wollen, daß der Historiker oder der Philosoph oder der Denker dem Politiker Instrumente des Handelns und ethische Würde geben.